افغانستان آزاد ـ آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مبـــاد بدین بوم و بر زنده یک تن مــباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages	زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 14.07.2018

Von Christian Selz, Kapstadt
16.07.2018

Mit Terror gegen Terror

Nigerias Führung feiert Sieg über Islamisten, doch deren Milizen sind weiterhin aktiv. Dem Präsidenten und den Militärs nützt der Krieg trotzdem, die Zivilbevölkerung leidet

»Boko Haram« vertrieben: Ein Mädchen in der Stadt Damasak, die von Soldaten aus Nigeria und dem Tschad eingenommen wurde (20.3.2015)

Foto: Emmanuel Braun/Reuters

Als Nigerias Präsident Muhammadu Buhari am Freitag vergangener Woche mit einer Festrede die insgesamt einwöchigen Feierlichkeiten zum »Tag der Nigerianischen Armee« abschloss, rühmte er die Truppen einmal mehr für »ihre Rolle beim Sieg über die Aufständischen von Boko Haram«. Diesen Erfolg hat Buhari schon mehrmals verkündet, der Realität entspricht das allerdings nicht. Doch Nigerias Führung setzt auf Symbolik und will vor den Wahlen im kommenden Jahr Stärke demonstrieren.

Entsprechend wurde auch der Ort des Militärfests gewählt: Monguno, eine mittelgroße Bezirkshauptstadt im Bundesstaat Borno, war im Januar 2015 von der Miliz überrannt worden, Amnesty International hatte der Armee seinerzeit vorgeworfen, die Zivilbevölkerung trotz Warnungen im Stich gelassen zu haben. Erst drei Wochen später vertrieb das Militär die Aufständischen mit Angriffen von Luftwaffe und Bodentruppen. Diesen Erfolg würdigte nun auch Buhari noch einmal. Auf die Kritik an seiner Armee, der immer wieder schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen worden waren, ging er dagegen mit keinem Wort ein.

Aufständische in Offensive

Die Feierlichkeiten sollen wohl von der Wahrheit ablenken. Erst Mitte Juni attackierten Aufständische eine Militärbasis in Gajiram, 80 Kilometer nördlich von Maiduguri, der Hauptstadt von Borno, und töteten neun Soldaten – das zumindest berichtete die Nachrichtenagentur *AFP* unter Berufung auf Armeedokumente. Offiziell verkündete die Polizei des Bundesstaats, dass ihre Kräfte den Angriff im Verbund mit der Armee »umgehend zurückgeschlagen« hätten. Eigene Opfer habe es nicht gegeben. Doch derlei Dementis können längst nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass die Aufständischen nicht nur weiterhin aktiv, sondern sogar in der Offensive sind. 220 islamistische Attacken hat die internationale Risikoberatungsagentur »Control Risks« in den zwölf Monaten seit Mai 2017 in Nigeria gezählt. Das ist die höchste Zahl in Westafrika, wo der Organisation zufolge im Beobachtungszeitraum 36 Prozent der weltweit verzeichneten Angriffe islamistischer Organisationen verübt wurden. Für Mali gibt sie 194 und für Kamerun 96 Attacken an.

Nigerias Präsident Buhari setzt, ebenso wie die Regierungen der Nachbarstaaten, dennoch weiterhin auf eine Politik der eisernen Hand. Nachvollziehbar ist das aus zwei Gründen: So kann er sich nach innen als unnachgiebiger Antiterrorkämpfer darstellen und gleichzeitig die »Militärhilfen« aus den USA weiter in Empfang nehmen, die der Armeeführung ein erkleckliches Einkommen garantieren. Die Rüstungslieferungen

kommen noch immer pünktlich, auch nachdem die Militärs Ende 2016 eingestehen mussten, dass einige ihrer Offiziere Kriegsgerät an die Miliz verkauft hatten.

Wie erfolgreich die Streitkräfte tatsächlich sind, darauf deuten Nachrichten über einen Prozess hin, in dem ein Sondergericht in einer Militäreinrichtung in der Stadt New Bussa im Westen Nigerias am Montag und Dienstag insgesamt 113 Menschen als »Boko-Haram-Angehörige« zu Haftstrafen verurteilte. 111 weitere Angeklagte wurden der Tageszeitung *The Nation* zufolge wieder freigelassen. Unter den Verdächtigten war demnach auch ein 16jähriges Mädchen, das »Sicherheitskräfte« bereits im Alter von 13 Jahren im Haus eines mutmaßlichen Boko-Haram-Anführers als dessen Frau identifiziert und anstelle des eigentlich Gesuchten verhaftet hatten. Gar zu drei Jahren Haft verurteilt wurde ein 73jähriger Mann, der Einsatzkräften Informationen vorenthalten und Boko-Haram-Angehörigen Lebensmittel verkauft haben soll.

NATO-Krieg sorgt für Waffen

Auch das US-Magazin *Foreign Policy* verwies im vergangenen Jahr in einem Artikel über eine Umfrage in Nordnigeria, dass der Krieg gegen die Miliz wenig erfolgversprechend ist. Demnach nannten die meisten Befragten als dringendste Probleme Arbeitslosigkeit, steigende Preise und Korruption, erst an vierter Stelle folgte der Terrorismus. Der Erhebung zufolge gab es zudem in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit mehr Befragte, die Sympathien für die Aufständischen hegten, was der Autor des Beitrags zu einer vehementen Kritik an US-Präsident Donald Trumps Kriegspolitik nutzte. Fairerweise wäre allerdings hinzuzufügen, dass die Islamisten vor allem von der einfachen Verfügbarkeit von Waffen infolge des NATO-Angriffs auf Libyen 2011 profitierten und ihr Erstarken damit – wie etliche weitere Milizen in Westafrika – auch der Regierung unter Barack Obama verdanken. Dass Trumps kontinuierliches Säbelrasseln die Lage nicht verbessert, sondern die von den westlichen Mächten abhängigen Regierungen in der Region dazu bewegt, einseitig auf militärische Aktionen zu setzen, liegt auf der Hand.

Wozu das führt, ist mutmaßlich auch in einem Video aus Kamerun zu sehen, das am vergangenen Dienstag im Internet veröffentlicht und seitdem weit verbreitet wurde. Darin filmen Männer in Armeeuniformen, wie sie zwei Frauen und zwei Kinder zunächst misshandeln und als Boko-Haram-Angehörige beschimpfen, ehe sie ihre Opfer aus nächster Nähe erschießen. Ein Militärsprecher kündigte daraufhin an, die Echtheit der Aufnahme überprüfen zu wollen. Die lokale Menschenrechtsorganisation »Redhac« erklärte, das Video nach einer Überprüfung als echt bestätigen zu können. Auch dem kamerunischen Militär wurden bereits in der Vergangenheit etliche

Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Am westlichen Ansatz, Terror mit Terror bekämpfen zu wollen, hat das bisher nie etwas geändert. Opfer bleibt die Zivilbevölkerung, die sowohl von den Terroristen als auch von staatlichen Truppen, die Erfolge präsentieren müssen, bedroht wird.